

RS Vfgh 2003/6/11 B1758/00

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 11.06.2003

Index

L2 Dienstrecht

L2400 Gemeindebedienstete

Norm

B-VG Art7 Abs1 / Verwaltungsakt

StGG Art5

Wr BesoldungsO 1994 §9, §10

Leitsatz

Keine willkürliche oder denkunmögliche Verpflichtung der Beschwerdeführerin zum Ersatz zu Unrecht empfangener Geldleistungen auf Grund des Entfalls des Dienst Einkommens wegen unentschuldigtem Fernbleibens vom Dienst; keine Verjährung

Rechtssatz

Der Dienstrechtssenat vertritt - in seinem einlässlich begründeten Bescheid, unter Heranziehung einschlägiger Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes - auf das hier Wesentliche zusammengefasst die folgende Auffassung: Die Beschwerdeführerin hätte auf Grund des damals laufenden Verfahrens an der Rechtmäßigkeit der ihr ausbezahlten Leistungen ernstlich zweifeln müssen. Die Unmöglichkeit der Hereinbringung rückforderbarer Leistungen durch Abzug sei auch dann gegeben, wenn die Tilgung des Übergenusses im Wege eines Pensionsabzuges erst - wie im vorliegenden Fall - nach nahezu 10 Jahren erfolgt. Zur Verjährungseinrede meint der Dienstrechtssenat, dass das Schreiben des Magistrates der Stadt Wien vom 20.07.99, mit dem die Rückzahlung der für den 01.08.96 bis 23.05.97 zu Unrecht ausbezahlten Bezüge begehrt wurde, als Geltendmachung iSd §10 Abs3 Wr BesoldungsO 1994 anzusehen sei, weshalb nicht davon ausgegangen werden könne, dass das Recht auf Rückforderung der sich auf diesen Zeitraum beziehenden Geldleistungen verjährt sei.

Entscheidungstexte

- B 1758/00
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 11.06.2003 B 1758/00

Schlagworte

Dienstrecht, Ersatz zu Unrecht empfangener Leistungen, Verjährung

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2003:B1758.2000

Dokumentnummer

JFR_09969389_00B01758_2_01

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at